

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Bestellpreis monatlich 4.50 Mk., durch unsere Kundener paratragen in der Stadt monatlich 3 Mk., auf dem Lande 4.25 Mk., durch die Post bezogen vierwöchentlich 15.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Die Postanschriften und Postkonten sowie unsere Kundener und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Redaktion ist kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt
Verleger und Drucker: Arthur Fichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzeratenteil: Arthur Fichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 191.

Mittwoch den 17. August 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Sitzung des Völkerbundes wird wahrscheinlich zwischen dem 20. und 25. August zusammentreten. Über den Ort der Tagung ist noch nichts Genaueres bekannt.

* Der auswärtige Ausschuss des Reichstages wird Ende dieser Woche zusammentreten. Zwischen dem Reichskanzler und dem Vorsitzenden des Ausschusses, Dr. Stresemann, fand eine Beratung statt.

* Briand hat im Namen des Obersten Rates eine Note an die deutsche Regierung gerichtet, die möge das deutsche Volk auffordern, bis zur Entscheidung über Oberschlesien Ruhe zu bewahren.

* Die Pariser Finanzkonferenz beschloß, den Wert der Saargruben Frankreich mit den vor dem 1. Mai geleisteten Zahlungen zur Last zu schreiben.

* In der irischen Krise ist eine sehr ernste Wendung eingetreten, da eine Verhandlungsbasis sich immer noch nicht finden ließ.

Nach der Pariser Tagung.

Der Oberste Rat kann auf eine Tagung von lauter Kompromissen zurückblicken. Oberschlesien — an den Völkerbund vertrieben. Die Sanktionen — soweit sie wirtschaftlichen Charakter tragen, sollen sie vom 15. September ab unter bestimmten Voraussetzungen aufgehoben werden, während die Befestigung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, obwohl es auch sie für unhaltbar erklärte, auf unbestimmte ungewisse Zeit fort dauern soll. Die Leipziger Reichsgerichtsurteile — man sagte nicht ja und nicht nein zu ihnen, sondern will eine Kommission von Juristen sich weiter mit ihnen beschäftigen lassen. Die militärische Kontrolle über Deutschland — Briand und Hoch widersprechen sich mit Händen und Füßen ihrer Aufhebung, doch soll auch hier eine Kommission zusammentreten, um zuzusehen, was sich an ihr mildern oder einschränken läßt. Für Rußland, für Österreich hatte man nur noch wenig Zeit zur Verfügung und begnügte sich mit papierernen Beschlüssen, die weder kalt noch warm sind. Zum Schluß gab der französische Ministerpräsident, um die Tagung nicht gar zu eindrucklos enden zu lassen, noch eine seiner bestmöglichen schönen Freundschaftsreden auf die Entente zum besten, und hernach konnte man sich wieder mehr oder weniger befriedigt an den Frühstücks- oder Abendbrötchen setzen. Und das nennt sich dann „Oberster Rat“ und hält sich für berufen, dem lieben Gott ins Handwerk zu pfeifen! Wie lange diese Herrlichkeit wohl noch dauern wird?

Die erste Tat nach dieser glorreichen Bemühung gab Herr Briand von sich, indem er dem deutschen Geschäftsträger in Paris abermals eine neue Note zustellte. Darin wird mitgeteilt, daß der Oberste Rat in Anbetracht der Schwierigkeiten, welche die Festlegung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien biete, die Entscheidung der Angelegenheit vertagt habe. Er sei sicher, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Bestimmung zu würdigen wisse, die ihn dazu geführt habe, eine überstürzte Lösung abzulehnen. Im übrigen werde nichts unterlassen werden, damit dieser Ausschub so kurz wie möglich sei. Die deutsche Regierung werde hoffentlich ihrerseits das Volk zur größten Ruhe ermahnen und ihren ganzen Einfluß dahin aufwenden, daß die Autorität der Interalliierten Kommission geachtet werde. Sie solle ihrer schweren Verantwortung eingedenk bleiben und insbesondere an den Grenzen Oberschlesiens jeden Versuch verhindern, der darauf abzielt, Unruhen im Abstimmungsgebiet zu fördern. Ein Schreiben ähnlichen Inhalts wird vermutlich auch nach Warschau gegangen sein.

Welche Aufnahme es dort finden wird, bleibt abzuwarten. Man weiß ja, daß die polnische Regierung sich gar nicht gern, den Alliierten gegenüber den Standpunkt einzunehmen, daß von einem Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland nach Meinung der Warschauer Herren keine Rede sein dürfe. Die deutsche Regierung ihrerseits beschränkt sich vorerst darauf, gegenüber der an ihre Adresse gerichteten Mahnung daran zu erinnern, daß sie stets bemüht gewesen sei, die Ruhe in Oberschlesien zu wahren. Bedinglich durch polnische Unruhen und Gewalttaten seien Störungen möglich gewesen. Sie hätte hinzufügen können, daß auch die Haltung der Interalliierten Kommission und eines Teiles ihrer Befehlsgruppen den Frieden des Landes untergraben habe, ein Hinweis, die in keinem Stadium der ober-schlesischen Frage unterlassen werden sollte. Die Oberschlesier selber werden die neue Erwartung des Obersten Rates, daß sie Verständnis dafür zeigen möchten, warum eine „überstürzte Lösung“ von ihm abgelehnt worden sei, gewiß nach Gebühr zu würdigen wissen. Eine schälimmere Berühmung ihrer Leiden, als in diesen Worten enthalten ist, ist kaum noch denkbar. Wenn nach bald zweijähriger Dauer der Ungewißheit, nach drei Votenausschüssen und nach schrecklicher Verwüstung des Landes noch von der Möglichkeit einer „überstürzten“ Entscheidung gesprochen wird, so kann eine solche Instanz, sie mag sich noch so hochtrabende Bezeichnungen zulegen, nicht mehr ernst genommen werden. Dazu kommt, daß der Völkerbund sich möglicherweise ebenso sehr vor einer „Überstürzung“ der endgültigen Grenzfestlegung zwischen Deutschland und Polen fürchten wird, denn auch ihm wird es nicht gegehen

sein, einen Ausgleich zu finden, der alle Beteiligten auch nur einigermaßen zufriedenstellen könnte. Und andererseits wird auch er sich terroristischen Drohungen, die kaum ausbleiben dürften, nicht gern unterwerfen wollen. So bleibt es dabei, daß die Verweisung an den Völkerbund nichts war als ein Verlegenheitsmanöver, mit dem man Zeit gewinnen wollte.

Für Oberschlesien aber geht abermals Zeit verloren, kostbare Zeit. Und keine Nacht der Erde wird instand sein, das arme Land für diese neue Beeinträchtigung seiner Zukunft jemals schadlos zu halten.

Die Enttäuschten.

Augenblickliche Ruhe in Oberschlesien.

Die außerordentliche Spannung, mit der man in letzte Zeit in Oberschlesien der Entscheidung über das Schicksal der Heimat entgegen sah, ist nun infolge der erneuten Verschleppung einer offensichtlichen Ermüdung und Enttäuschung gewichen. Gleichzeitig macht sich immer mehr auch unter der polnisch gesinnten Bevölkerung eine Abkehr von den Unruhefaktoren bemerkbar. Man hat überall das Bedürfnis nach Sicherheit, Ordnung und geregelter Arbeit und sieht in zunehmendem Maße ein, daß diese nur beim Verbleiben Oberschlesiens beim Reich gewährleistet werden kann. Das völlige Scheitern des groß angelegten polnischen Generalstreiks ist ein Beweis dafür, daß man allseits kampfbereit geworden ist. Allerdings bilden die aus Polen über die Grenze kommenden Banden und Agitatoren immer noch eine ständige Gefahr, da sie versuchen, die etwas beruhigten polnischen Einwohner zu neuen Gewalttätigkeiten aufzuwecken.

Die polnischen Organisationen bestehen unverändert weiter und versuchen, die deutsche Bevölkerung aufzureizen. Dagegen wird von deutscher Seite alles getan, was nur irgendwie zur Beruhigung beitragen kann. Besonders wichtig ist in dieser Hinsicht, daß das deutsche Schicksal der Erwerbslosenfürsorge jetzt auch auf Oberschlesien ausgedehnt worden ist.

Ebenso wie in Oberschlesien selbst, herrscht auch in Polen, wenn auch aus anderen Gründen, schwere Enttäuschung über den Ausgang der Pariser Konferenz, wenn man auch nach Lage der Dinge Briand zumeist beifallt, daß er den Bedingungen Lloyd Georges die Vertagung vorgezogen habe. Die polnische Regierung hat beschlossen, in einer neuen Note an die Großmächte gegen die Vertagung Beschwerde zu führen. Die Vertagung, so wird in der Note ausgeführt, muß weiteren ungeheuren und nicht zu ersiehenden Schäden führen, und der Zustand der Ungewißheit ist für die Bevölkerung Oberschlesiens unerträglich. Man beklagt besonders Amerikas Passivität und die Abwendung Italiens und Japans von Frankreich. Im Völkerbundrat erwartet man allgemein ein Vorwiegen englischer Einflüsse. Die Stimmung ist abellauig und verdrossen mit einem Unterton von Enttäuschung.

An der ober-schlesischen Grenze

hat sich inzwischen nicht viel geändert. Ganze Truppen junger Burden durchkreuzen die Umgegend. Die Grenzkontrolle wird so gut wie gar nicht gehandhabt. Der Schmuggel steht in vollster Blüte. Polnische Händler bringen und holen heraus, was ihnen gefällt. Ganze Wagen mit Waren können infolge der unkontrollierbaren Grenze herübergeschafft werden, wodurch Schieber- und Wucherer sich immer mehr ausbreiten. Die Interalliierte Kommission hat eine neue Verstärkung der Apostrophendurchsuchungen in allen Orten angeordnet. In Oppeln werden die Beamten auf die einzelnen Hundertschaften verteilt. Man muß jedoch abwarten, ob mit dieser neuen Maßregel wirklich den heillosen Mißständen gesteuert werden kann.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Schutz für Ostpreußen!

Die Gefahr der Seucheneinführung aus Rußland ist für Ostpreußen besonders dringend. Daher wird jetzt dort der Ruf nach energischen Schutzmaßnahmen erhoben. Der Hebel zur Verhinderung der Seuchengefahr müsse nicht in Petersburg, sondern näher an der deutschen Grenze, z. B. in Polen angelegt werden, wohin bereits viele Hungernde und Kranke geflohen sind. Ein Königsberger Blatt schreibt: So schnell wie möglich muß ein sanitärer Schutzordon nach Osten vorgeschoben werden. Noch scheint es möglich, dies auf russischem Boden selbst zu bewirken. Weißrußland und die nördliche Ukraine gehören nicht zu den Hungergebieten, ja, sie haben teilweise eine Mittelernte. Hier also auf noch halbwegs gesundem Boden müssen tapfere Ärzte und Sanitätspersonal den ersten Damm ziehen, von dem dann weiter vorgeschoben werden könnte.

Die Erfassung der Goldwerte.

Der hannoversche Kurier berichtet über eine geheime Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, in der behauptet wird, daß sich im Frühjahr 1921 gegenüber 1913 die landwirtschaftlichen Weinerträge auf das dreifache erhöht hätten, und daß jetzt mit dem 5/6-

bis sechsfachen des Friedensertrages zu rechnen sei. Betreffs der gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen wird eine Versteigerung auf das Sechsfache angenommen. Die Heranziehung zur Steuer soll durch Belastung des landwirtschaftlichen Grund- und Gebäudebesitzes in Form einer Grundschuld erfolgen. Von den letzten 100 Prozent der angenommenen 300 Prozent Versteigerung soll das Reich 75 Prozent in Anspruch nehmen. Es wird eine Grundschuld der Landwirtschaft von 110 Milliarden, eine städtische Grundschuld von 67 Milliarden und der Wert der Anteile bei gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen auf 108 Milliarden angenommen, der Gesamtwert der Substanzwerte wird im Anfang auf 285 Milliarden geschätzt, der auf 382 Milliarden steigen und an Erträgen für das Reich rund 17 Milliarden bringen soll.

Spanien.

× Die Lage in Marokko. Aus Madrid wird gemeldet: Abd el Krim befindet sich an der Spitze von ungefähr 10 000 Kriegeren auf dem Marsch nach Melilla. Die Niederlassungen von vier Grubengesellschaften, die sich in Enis befinden, sind geplündert worden.

Friedenland.

× Die Griechen bestreiten ihre Niederlage. Wie Savas aus Athen meldet, dementiert der Generalstab die türkische Nachricht von einer neuen Schlacht jenseits von Esli Schehir; er erklärt, dort hätten lediglich einige Plänkelleien stattgefunden. Das ist wahrscheinlich eine der berühmten Verhöhnungen, welche die Sachlage so reichend verdunkeln. „Dort“ haben nur einige Plänkelleien stattgefunden — aber anderswo?

Nordamerika.

× Der Friede mit den Mittelmächten. „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, Präsident Harding habe einigen Senatoren erklärt, daß der Friedensvertrag mit Deutschland rasch Gestalt annehme. Wahrscheinlich werde er allerdings vor Dezember nicht im Senat eingebracht werden. Gleichzeitig soll mit der Ausarbeitung der Friedensverträge mit Ungarn und Österreich begonnen worden sein. Die formelle Friedensproklamation werde vermutlich bis zur völligen Fertigstellung des deutschen, des ungarischen und des österreichischen Friedensvertrages aufgeschoben werden.

Aus- und Ausland.

Berlin. Der Reichsminister der Justiz hat das außerordentliche Gericht in Halle a. d. S. aufgehoben. Damit ist die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte ganz beendet.

Frankfurt. Die Franzosen arbeiten an dem völligen Umbau und der Modernisierung der drei Festungen Metz, Straßburg und Diedenhofen, die die Grundpfeiler des französischen Landesverteidigungssystems bilden sollen.

Paris. Der Oberste Rat kündigte an, daß die Alliierten die auf Grund des Versailler Vertrages ausgelieferten deutschen Schiffe Deutschland mit 20 Pfund Sterling pro Tonne gutzuschreiben würden. Da in amerikanischen Häfen 600 000 Tonnen deutscher Schiffe beschlagnahmt worden seien, würden die Vereinigten Staaten Deutschland ungefähr sechzig Millionen Dollar gutzuschreiben müssen.

Paris. Der italienische Ministerpräsident Bonomi erklärte, es wäre ein großer Irrtum, die Verweigerung der ober-schlesischen Frage an den Völkerbundrat als Niederlage Frankreichs anzusehen. In dieser Frage gebe es weder Sieger noch Besiegte.

London. „Oberver“ schreibt, so lange Deutschland aus dem Völkerbund ausgeschlossen sei, sei die geistige Kraft des Bundes gleich Null.

Krise auf dem Getreidemarkt.

Der bayerische Ministerpräsident an den Kanzler. Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Rahr richtete infolge der durch die Vorgänge auf dem Getreidemarkt geschaffenen bedrohlichen Lage ein Telegramm an den Reichskanzler, in dem erklärt wird, daß der Getreideaufkauf in Bayern infolge der Preistreiberi und der unbeschränkten Ausfuhr Formen angenommen habe, die nicht nur die Brotversorgung, sondern auch die öffentliche Sicherheit gefährdeten. Abhilfe sei nur durch die in § 42 der Reichsgetreideordnung dem Reichsernährungsminister eingeräumten Befugnisse möglich, von denen Gebrauch zu machen nicht nur im dringendsten Interesse Bayerns, sondern auch des Reiches liege. Die Ablehnung des darauf bezüglichen bayerischen Antrages durch das Reichsernährungsministerium bedauere er tief, auch wegen der politischen Folgen. Er erbittet eine nochmalige Prüfung und gefällige umgehende Mitteilung des Ergebnisses. Gleichzeitig wurde die bayerische Gesandtschaft in Berlin angewiesen, im Sinne des Antrages beim Reichskanzler mündlich vorfeldig zu wirken.

Hungerpolitik in Rußland.

Schwere Anklagen gegen die Bolschewisten. Bei der Erdrieterung der Hungersituation für das hungernde Rußland ist von Anfang an betont worden, daß man mit größter Sorgfalt darauf achten müsse, daß die Hilfe auch wirklich den Notleidenden zugute komme und nicht von den kleinen Gruppen der bolschewistischen Machthaber zu